

Niederschrift

über die 43. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 25. April 2008, 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

Anwesenheit:

CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck (bis 19:00 Uhr)

DIE LINKE.: **Frau May**, Herr Bauer, Frau Duft, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß (ab 16:20 Uhr), Frau Werner, Frau Wolf

SPD: **Frau Winter**, Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein, Herr Tikwe, T.

Bündnis 90/
Die Grünen: **Herr Schweßinger**, Frau Müller

BfE: Frau Apel (bis 17:55 Uhr), Herr Rabe (bis 18:20 Uhr)

EA: **Herr Hofmann**, Frau Fischer

Fraktionslos: Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
persönliche Referentin des OB, Frau Sachse
Büro Oberbürgermeister, Herr Lindenlaub
Pressestelle, Herr Wuggazer
Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte, Frau Quentel
Amtsleiter Haupt- und Ordnungsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
komm. Amtsleiterin Finanzverwaltung, Frau Seibicke
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner
Amtsleiter Amt für Brand- und Katastrophenschutz, Herr Steffan
Stellv. Amtsleiter Sozialamt, Herr Koch
Referent für Umwelt und Verkehr, Herr Päsler
Kommissarischer Amtsleiter Amt für Tiefbau und Grünflächen,
Herr Hartmann

Gäste: Frau Röder
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger

Presse
Bürger

entschuldigt: Frau Mereuta – CDU-Fraktion – verhindert
Herr Pechstädt – DIE LINKE.-Fraktion – verhindert
Herr Gottstein – BfE-Fraktion - Urlaub

Schriftführer: Frau Steffan
Frau Seelig

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 43. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 32 Stadtratsmitglieder anwesend und 3 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Weiterhin informiert der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, dass der Oberbürgermeister den Tagesordnungspunkt 16 – Machbarkeitsstudie (Konzept) „Zentraler Omnibusbahnhof“ Eisenach – Fortschreibung – zurückzieht.

Da es keine weiteren Änderungen gibt, gilt die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, teilt mit, dass zur Sitzung eine Einwohnerfrage – Reg.-Nr. 20/2008 von Herrn Jürgen Feuker vorliegt. Die Einwohnerfrage wurde fristgemäß beantwortet. Da der Anfragende zur Sitzung nicht anwesend ist, wird die Antwort nachgesendet.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

an die Fraktionsvorsitzenden

- Gruppierungsübersicht der Jahresrechnung 2007 zum Vergleich mit den Haushaltsansätzen 2008 und eine Übersicht mit Erläuterungen der großen Veränderungen bei einzelnen Haushaltspositionen gegenüber dem Vorjahr
- Kulturförderabgabe - Ergänzung zum Schreiben vom 07.04.2008

an die Stadtratsmitglieder

- Thüringer Regio-Takte – April 2008
- Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 13.03.2008 bzgl. der steuerlichen Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden
- Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007
- 2. Richtlinie der Stadt Eisenach zur Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung und bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende – Unterkunftsrichtlinie – ab 01.04.2008 sowie Richtlinie zur abweichenden Erbringung von Leistungen gemäß § 23 Abs. 3 SGB II und § 31 Abs. 1 SGB XII
- Stellungnahme zum Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion - Strom und Gas für alle – Sozialtarif jetzt
- Mitteilungen des Deutschen Städtetages Nr. 03/2008

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 41. Sitzung am 29. Februar 2008 – öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 41. Sitzung des Stadtrates am 29. Februar 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Damit ist die Niederschrift über die öffentliche Sitzung bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0628/2008

Nr. 5 der TO: Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadtverwaltung Eisenach am Anerkennungsverfahren „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (nach RAL-Gütezeichen 981)

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verweist auf die ausgereichten Austauschblätter.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt mit 5 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 3 Stimmenthaltungen und der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen die Beschlussfassung.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird zu den Unterlagen der Sitzung genommen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. die Teilnahme der Stadtverwaltung Eisenach am Anerkennungsverfahren für den Titel „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (Zertifizierung nach RAL-GZ 981) im Rahmen der Initiative der Industrie- und Handelskammer Erfurt im Freistaat Thüringen ab dem 01.01.2009
2. den Beitritt/die Mitgliedschaft der Stadtverwaltung Eisenach in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung e.V.
3. Bis zum 31.12.2008 muss die Finanzierung der Zertifizierung über Sponsoringverträge abgesichert sein.

Abstimmung: 22 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 9 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0629/2008

Nr. 6 der TO: Haushaltssicherungskonzept der Stadt Eisenach 2008

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verweist auf die ausgereichten Austauschblätter.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 2 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 5 Stimmenthaltungen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der DIE LINKE.-Fraktion vorliegt. Der Haupt- und Finanzausschuss hat zu diesem Antrag keine Empfehlung gegeben.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, begründet den Antrag.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass er im Haupt- und Finanzausschuss schon gesagt hat, dass das Wort Sozialdetektiv im Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten ist. Wenn man ein Haushaltssicherungskonzept erstellt und in den Ausschüssen berät, in den Ausschüssen auch offen die Schwachpunkte anspricht, kann man einem Bereich, nämlich den Sozialbereich nicht ausklammern. Nach Meinung des Oberbürgermeisters müssen alle Bereiche geprüft werden. Der Oberbürgermeister stellt fest, dass man diesen Antrag so nicht stehenlassen kann, denn dies würde bedeuten, dass genau der Sozialbereich als einziger Bereich unangetastet bleibt und keiner Prüfung unterliegt. Dies kann nicht im Sinne des Haushaltssicherungskonzeptes und auch nicht im Sinne des gleichmäßigen Vorgehens in der Stadt sein. Der

Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass Herr Schenke eben gesagt hat, dass der wirkungsvolle Kampf gegen Sozialmißbrauch aufgenommen werden sollte. Genau dies soll aufgedeckt werden. Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass, wenn Herr Schenke diesen Satz so gesagt hat, er wohl auch zugibt, dass es einen solchen Mißbrauch gibt. Nach Meinung des Oberbürgermeisters ist es unsozial gegenüber den tatsächlich Sozialhilfeberechtigten, Sozialmißbrauch zu tolerieren und ihn nicht einer Prüfung zu unterziehen. Damit kann sich der Oberbürgermeister nicht einverstanden erklären. Aus Sicht des Oberbürgermeisters ist dieser Antrag so abzulehnen. Des Weiteren weist der Oberbürgermeister, Herr Doht, darauf hin, dass die Ergebnisse der Prüfung und die daraus folgenden Maßnahmen dann immer wieder im Stadtrat in Einzelmaßnahmen zu beschließen sind. Nichtsdestotrotz ist es nach Meinung des Oberbürgermeisters nicht nur gerecht, sondern auch sozial, auch diesen Bereich zu überprüfen und ihn nicht von einer Prüfung auszunehmen. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister, Herr Doht, darauf hin, dass es nichts damit zu tun hat, das man hier irgendeine Stimmungsmache bedienen möchte. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass es richtig ist, dass die ARGE so etwas hat, es sind aber nicht nur Sozialmittel, die über die ARGE ausgereicht werden. Dazu verweist der Oberbürgermeister, Herr Doht, auf den Haushalt der Stadt und erklärt, dass die kreisfreie Stadt Eisenach Geld in Größenordnungen aufwendet. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, möchte, dass das Geld bei den Bedürftigen richtig und in voller Höhe ankommt. Genau diejenigen, die sich bei Leistungen bedienen, die ihnen nicht zustehen, müssen ermittelt werden. Eine Prüfung heißt nicht, dass man morgen anfängt und irgendwelche Sozialhilfeempfänger kontrollieren will, dagegen verwahrt sich der Oberbürgermeister eindeutig. Für ihn steht aber fest, dass dieser Bereich genauso überprüft werden muss wie alle anderen Bereiche. Dieser Revisor, so heißt er beim Landkreis, bedeutet, dass dieser nicht die Kontrolle einer Wohnung usw. vornimmt, sondern auch Bescheide kontrolliert. Inhalt für einen Revisor ist nach Aussage des Oberbürgermeisters, sich diesen Bereich umfassend anzusehen.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, dass der zweite Entwurf natürlich etwas übersichtlicher und zeitlich auch eingegrenzt ist. Sie macht deutlich, dass durchaus sinnvolle Maßnahmen dabei sind, die im Grunde genommen zur normalen Verwaltungsarbeit eigentlich auch gehören. Eine effiziente Verwaltung ist für Frau May kostensenkend. Des Weiteren stellt die Fraktionsvorsitzende, Frau May, fest, dass die Ursachen für die Misere sehr vielschichtig sind. Das Haushaltssicherungskonzept gerät für Frau May zum hilflosen Versuch überhaupt über die Runden zu kommen. Dies ist für sie das Schwierige. Eine generelle Änderung herbeizuführen ist für Frau May nur durch eine Gebietsreform möglich und durch Änderung des Kommunalen Finanzausgleichsgesetzes. Kommunen müssen nach Meinung von Frau May handlungsfähig sein und ihre Aufgaben entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen erfüllen können. Die Fraktionsvorsitzende erklärt, dass das Haushaltssicherungskonzept auch das Stopfen der Haushaltslöcher beinhaltet, zu dem der Stadtrat letztendlich auch gezwungen wird. Dies geschieht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, denn diese bezahlen letztendlich durch die Erhöhung der Gebühren, die ja auch im Haushaltssicherungskonzept nicht ausgeschlossen sind, die Haushaltslöcher. Frau May stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger also die Misere, die politisch verursacht worden ist, zahlen. In diesem Zusammenhang weist Frau May darauf hin, wie die Situation der Einkommen aussieht, Arbeiten im Niedriglohnbereich wird für viele langsam zu einem unlösbaren Problem. Dies sollte man nach ihrer Meinung im Hintergrund sehen. Zum Antrag erklärt Frau May, dass eindeutig die Erweiterung der Kontrollbereiche da steht. Frau May verliert den entsprechenden

Abschnitt. Nach ihrer Meinung ändert es nicht an dem Inhalt, ob man den Sozialdetektiv oder so einen Satz hinschreibt. Die Absicht des Haushaltssicherungskonzeptes besteht für sie darin, durch Aufdecken von Leistungsmissbrauch zusätzliche Einnahmen bzw. Ausgaben zu verhindern. Frau May weist darauf hin, dass, wenn sie vergleicht, dass viele Bürgerinnen und Bürger gar keinen Antrag stellen, obwohl ihnen Leistungen zustehen, dies auch eine Sache ist, die noch nicht überprüft wurde. Frau May behauptet, dass die Ausgaben dafür bedeutend höher wären. Nach Aussage von Frau May hat sich auch im Landkreis herausgestellt, dass dadurch nicht so viele Einnahmen zu erzielen sind. Frau May ist der Meinung, dass wer Hartz IV empfängt oder bzw. wer davon verschont ist, mal genau ausrechnen sollte, was bei dem Satz, der dabei pro Tag zur Verfügung steht, übrig bleibt für einen erwachsenen Menschen, für ein Kind. Dies reicht nach ihrer Ansicht nicht um sich satt zu essen und sich qualitätsgerecht zu ernähren. Für Frau May ist dies ein Problem. Die Fraktionsvorsitzende hat ein Problem damit, wenn Gesetze gemacht werden, die Menschen in solche Situationen treiben und was den sogenannten Sozialmissbrauch angeht, dann vielleicht versuchen, dass trockene Brot ihrer Armut mit einem dünnen Scheibchen Speck zu belegen, dann dafür auch hart bestraft werden, während andere in Größenordnungen Steuerhinterziehung betreiben. Frau May findet, dass dieser Bereich von solchen Überlegungen ausgenommen werden muss. Sie denkt, dass es dafür gesetzliche Bestimmungen gibt, was gezahlt werden kann und darf und dies auf dem Verwaltungsweg ohnehin geprüft wird. Des Weiteren macht Frau May deutlich, dass sie es ablehnt, zusätzlich mit einem Haushaltssicherungskonzept in diesem Gebiet zu fischen.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass im Haupt- und Finanzausschuss dieses Thema schon kurz angesprochen wurde und dort die Frage gestellt wurde, was bringt dies denn überhaupt. Die Bürgermeisterin informiert, dass sie inzwischen mit dem Landkreis gesprochen hat und es dort einen sogenannten Revisor gibt. Es handelt sich nicht um einen Sozialdetektiv. Sozialdetektiv wäre nach ihrer Ansicht auch eine falsche Bezeichnung für jemanden, der nachprüft, inwieweit Steuergelder wirklich ordnungsgemäß ausgereicht bzw. ordnungsgemäß beantragt und verwendet werden oder nicht. Dieser Revisor ist seit Mai 2005 im Landkreis tätig und zwar für den Landkreis, aber auch die ARGE und hat bis zum heutigen Zeitpunkt einen Gesamtwert von 731.000 € an Kosten gespart. Nach Aussage der Bürgermeisterin, Frau Lieske, bedeutet dies nicht, dass die 731.000 € in die Kasse zurückgeflossen sind, sondern es sind Dinge in der Auszahlung vermieden worden, auch dies sind Einsparungen, weil sie nämlich sonst kassenwirksam geworden wären. Beim Landkreis wurden im Jahr 2007 523 Fälle geprüft und 227.000 € im Prinzip eingespart. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, erklärt, dass der Effekt dabei ist, dass man bei den ARGEN dringend richtig professionelle Sozialarbeit benötigt, weil es immer mehr Hartz IV Empfänger gibt, die sich in einer relativ schwierigen psychischen Lage befinden, weil sie mit der Situation überfordert sind und oft die Bescheide nicht verstehen. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, macht deutlich, dass die Hartz IV Empfänger oft zu einer Arbeit herangezogen werden und nicht wissen, wie sie dies schaffen sollen. Dort braucht man nach Meinung der Bürgermeisterin professionelle Sozialarbeit. Der Sozialarbeiter muss denjenigen an die Hand nehmen und ihm den Weg in das normale Arbeitsleben zeigen. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, denkt, dass es gerechtfertigt wäre, wenn man sagt, wir prüfen das Eine – nämlich ob jemand mißbräuchlich Gelder bekommt – um dann letztendlich Gelder frei zu haben für diejenigen, die es viel dringender nötig brauchen. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, macht dies auch an einem Beispiel deutlich. Des Weiteren erklärt die Bürgermeisterin, dass sie denkt, dass professionelle Hilfe im Sozialarbeiterbereich angebracht ist und die ist aber innerhalb der ARGE nicht ganz selbstverständlich. Dies muss nach ihrer

Aussage erst geschaffen werden. Man sollte aber das Eine nicht gegen das Andere abwägen, aber doch da hinschauen, wo die Notwendigkeit ist und nicht zu sagen, man kann damit leben, dass einige Sozialmißbrauch betreiben, weil es ihnen eh nicht besonders gut geht. Nach Ansicht der Bürgermeisterin, Frau Lieske, bestraft dies diejenigen, die sich vielleicht an das halten, was das Gesetz vorschreibt und eben mit dem wenigen Geld versuchen auszukommen. Dies sollte man nach Meinung der Bürgermeisterin überlegen und auch abstimmen.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, verweist auf die Montagsdemonstrationen und macht deutlich, dass er recht zufrieden ist, dass es diese immer noch gibt. Er findet es gut, dass die Leute auf die Straße gehen und ihre Meinung dort sagen. Herr Hofmann macht deutlich, dass es sicher nicht zu den größten Vergnügungen des Oberbürgermeisters gehört, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen und dafür dann auch noch eine Mehrheit zusammenbekommen zu müssen. Nach Ansicht von Herrn Hofmann zwingt die Thüringer Kommunalordnung den Oberbürgermeister dazu, ob er dies nun will oder nicht, mit der Drohung andernfalls keinen Haushalt zu genehmigen. Dies ist für Herrn Hofmann das genaue Gegenteil von kommunaler Selbstverwaltung. Unter kommunaler Selbstverwaltung stellt sich Herr Hofmann vor, dass es nicht nur das formale Recht, sondern auch tatsächlich die Mittel gibt, mit denen man sich selbst verwalten kann. Die Konstruktion dieses Haushaltssicherungskonzeptes ist einfach der Zwang, der Druck auf den Stadtrat, den Bürgern in die Tasche zu greifen und dies mit der Vortäuschung falscher Tatsachen, dass dadurch der Haushalt und die Leistungsfähigkeit der Kommune gesichert werden könnte, so Herr Hofmann. Der Fraktionsvorsitzende stellt fest, dass dies das dritte Haushaltssicherungskonzept ist, das man im Stadtrat vorgelegt hat und mit jedem wurde es schlimmer. Herr Hofmann stellt fest, dass die jährlichen Minusbeträge steigen. Dies kann Herr Hofmann nicht als Sicherung bezeichnen, sondern einfach nur als eine Methode, die Probleme auf die Bürger abzuwälzen. Er stellt fest, dass aus eigener Kraft nicht nur die Stadt Eisenach, sondern auch die meisten anderen Kommunen ihre Haushaltslage nicht sichern können, da muss mehr geschehen. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Hofmann, erklärt, dass die Bürgerinnen und Bürger ohnehin durch die Preissteigerungen der letzten Zeit besonders belastet sind. Auch aus diesem Grund ist seine Fraktion nicht dafür, an der Gebührenschaube und an den Einnahmen aus den Gebühren der Bürger noch weiter zu schrauben. Herr Hofmann erklärt, dass die Fraktion einem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen wird. Für ihn müssen die Bürgerinnen und Bürger die Suppe auslöffeln, die Bund und Land eingebrockt haben und wo die Konzeption darin besteht, dass der Stadtrat noch eine Leihgebühr für den Löffel beschließt. Nach Aussage des Fraktionsvorsitzenden ist der Antrag der DIE LINKE.-Fraktion sicherlich gut gemeint und geht in die richtige Richtung, dieses vielleicht i-Tüpfelchen dieses Konzeptes, auch wenn es jetzt nicht mehr Sozialdetektiv heißt. Nach Meinung von Herrn Hofmann kann man es nennen wie man will, weil es an der Sache nichts weiter ändert, dass hier bei den Ärmsten noch versucht wird, Geld gut zu machen. Herr Hofmann stellt fest, dass das Konzept kosmetisch überarbeitet ist, aber in seiner Grundkonzeption nicht verändert wurde und deshalb hält er es nicht für lobenswert und pragmatisch, dem nicht zuzustimmen, sondern einfach für prinzipienlos. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Hofmann, macht deutlich, dass man auch Vorstellungen hat, wie man den Haushalt sichern kann, weil ja immer wieder nach konstruktiven Vorschlägen gefragt wird. Herr Hofmann macht folgende Vorschläge:

1. Es ist sinnvoller mit den Bürgern, anstatt gegen die Bürger den Haushalt zu sichern. Als Beispiel nennt er, dass es schon mehrere Einwohneranfragen bezüglich der Anwohnerparkausweise gab. Er macht deutlich, dass dies durchaus Bürger sind, die

bereit sind, Geld auszugeben, um in der Nähe ihrer Wohnung einen Parkplatz gesichert zu bekommen. Dies wird in der Stadt Eisenach nicht gemacht. Parken müssen die Leute aber trotzdem. Des Weiteren macht Herr Hofmann deutlich, dass das Konzept darin besteht, dass man diesen Bürgern noch mehr Knöllchen verpasst. Für ihn wäre es sinnvoller, den Leuten zu sagen, jawohl, wenn ihr einen Beitrag bezahlt, könnt ihr in der Nähe parken und wir brauchen kein Knöllchen zu verpassen. Damit hat man auch die Gebühren für die Knöllcheneintreiber gespart.

2. Es muss an der Unternehmenssteuerreform gedreht werden, aber genau in die andere Richtung, als die letzten zwei Bundesregierungen immer wieder gedreht haben. Herr Hofmann macht deutlich, dass die Stadt soviel Wirtschaftskraft hat, soviel Ertragskraft in den Unternehmen in Eisenach und der Umgebung, dass es normalerweise keinem normal denkenden Menschen zu erklären ist, warum der Haushalt der Stadt Eisenach nicht ausgeglichen werden kann. Die Unternehmenssteuerreform verhindert nach Aussage von Herrn Hofmann, dass die Unternehmen in Eisenach Steuern bezahlen, übrigens auch woanders nicht. Auch beim Bund gehen immer weniger Steuern ein, so Herr Hofmann. Nach Ansicht von Herrn Hofmann braucht man des Weiteren eine Rückkehr zu Zuständen, wo Lohndumping eingegrenzt wird und wo diese Ein-Euro-Jobs, die auch zu Lohndumping führen, nicht mißbraucht werden können.
3. Zur Haushaltssicherungsvorstellung der EA-Stadtratsfraktion gehört eine echte Gemeindefinanzreform, die den Gemeinden die Luft zum Leben lässt und nicht den Gürtel immer enger schnallt.

Abschließend erklärt der Fraktionsvorsitzende, Herr Hofmann, dass man für eine kommunale Selbstverwaltung ist, für eine Haushaltssicherung mit den nötigen Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Eisenach und ihre Bürger weit unter ihren Verhältnissen leben und nicht über ihren Verhältnissen.

Der Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Fraktion, Herr Schweßinger, erklärt, dass seine Fraktion das Anliegen der Linken sehr gut versteht und deshalb einen Kompromiss vorschlägt. Er findet es unglücklich, dass der Sozialbereich mit dem Punkt ruhender Verkehr vermengt wird. Deshalb stellt Herr Schweßinger als Kompromiss folgenden Änderungsantrag:

Der Stadtrat beschließt:

Der Punkt 9 „Erweiterung der Kontrollbereiche“ heißt der 1. Satz neu: „Aus der Erweiterung der Kontrollbereiche (örtlich und zeitlich) für den ruhenden Verkehr und der personellen Verstärkung des Außendienstes des Ordnungsamtes sind Mehreinnahmen zu erwarten.“ Der Satz 2 bleibt. Der Satz 3 heißt neu: „Die Auflagen der Sozialgesetzgebung werden durch das Sozialamt ohne Personalaufstockung effektiver und effizienter überprüft. Dabei sind Minderausgaben zu erwarten. Der Satz 3 wird Satz 5.“

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass nicht das Sozialamt zuständig ist, sondern die ausgebende Stelle die ARGE ist. Man muss also ganz deutlich trennen zwischen Sozialamt – zuständig für die Grundsicherung – und ARGE – zuständig für Hartz IV -. Dies sind nach Aussage der Bürgermeisterin, Frau Lieske, zwei verschiedene Zuständigkeitsbereiche. Des Weiteren stellt Frau Lieske fest, dass im Sozialamt niemand ist, der raus geht und prüft.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, ist dankbar, dass Herr Schweßinger als Schlichter fungieren will. Sie versteht aber nicht, dass im Haupt- und Finanzausschuss die Vorschläge nicht vorgebracht wurden. Die Idee der DIE LINKEN. findet Frau Winter gut, aber den Sozialbereich komplett raus zu nehmen, findet sie nicht in Ordnung. Die Fraktionsvorsitzende, Frau Winter, erklärt, dass ihre Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird. Sie spricht sich dafür aus, dass über das Haushaltssicherungskonzept endlich abgestimmt wird, weil sonst die Schul- und Sportvereine in diesem Jahr nicht über ihre notwendigen Gelder verfügen können.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion B 90/Die Grünen:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Punkt 9 „Erweiterung der Kontrollbereiche“ heißt der 1. Satz neu: „Aus der Erweiterung der Kontrollbereiche (örtlich und zeitlich) für den ruhenden Verkehr und der personellen Verstärkung des Außendienstes des Ordnungsamtes sind Mehreinnahmen zu erwarten.“ Der Satz 2 bleibt. Der Satz 3 heißt neu: „Die Auflagen der Sozialgesetzgebung werden durch das Sozialamt ohne Personalaufstockung effektiver und effizienter überprüft. Dabei sind Minderausgaben zu erwarten. Der Satz 3 wird Satz 5.

Abstimmung: 10 Stimmen dafür
 17 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Im Punkt 9 „Erweiterung der Kontrollbereiche“ wird der Begriff „Sozialbereich“ ersatzlos gestrichen. Der erste Satz lautet nach dieser Veränderung wie folgt: „Aus der Erweiterung der Kontrollbereiche (örtlich und zeitlich) für den ruhenden Verkehr und der personellen Verstärkung des Außendienstes des Ordnungsamtes sind Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben zu erwarten.“

Abstimmung: 10 Stimmen dafür
 18 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, hält folgenden Redebeitrag:

„In der Tat ist das ein ziemlich umgestaltetes Haushaltssicherungskonzept, zu dem, was in der letzten Sitzung hier vorgelegt wurde und was gerade noch einmal so vor der Ablehnung gesichert worden ist. Es war glücklich, dass der Oberbürgermeister sich mit den Fraktionsvorsitzenden zusammengesetzt hat und wir eine gemeinsame Form gefunden haben, die jetzt erst einmal übersichtlicher, aber auch verbindlicher gestaltet wurde, insbesondere im Bereich der Prüfaufträge. Dass wir nicht Prüfaufträge für einen

Zeitraum Ultimo vorliegen haben, sondern dass wir hier Prüfaufträge zeitlich befristet haben, so dass wir, wenn wir als Stadtrat dann uns selbst und unsere Beschlüsse selbst ernst nehmen wollen, dass wir dann hier auch ein entsprechendes Controlling an der Hand haben, mit dem wir die Verwaltung fragen können, wie sind denn die Ergebnisse dieser Prüfaufträge. Dies ist in den letzten Jahren immer etwas zu kurz gekommen. Auch dies mag ein Grund sein, weshalb die Haushaltssicherungskonzepte von 1998 und von 2003, wenn die Haushaltslage dann etwas besserte, zur Hälfte auf der Strecke geblieben sind und das mag auch der Grund sein, weshalb sich einige, der schon damals sich vorgenommenen Maßnahmen sich im jetzigen Konzept wiederfinden. Wenn die CDU-Fraktion zum heutigen Zeitpunkt trotzdem diesem Haushaltssicherungskonzept noch nicht zustimmt, dann hat das zwei Gründe. Die lassen sich beheben und ich denke, der Oberbürgermeister kann die auch beheben bis zur nächsten Sitzung, wo wir den Beschluss dieses Haushaltssicherungskonzeptes unbedingt brauchen, nämlich zum Haushaltsbeschluss. Davor muss dieses Sicherungskonzept abgestimmt werden. Und zwar besteht das in zwei Punkten. Der eine Punkt befindet sich im Konzept selbst. Unter dem Punkt 6 – Erhöhung von Einnahmen – ist die Gewinnausschüttung dargestellt. Hier wird uns eine Summe von 300.000 € dargelegt, die auf Grund der Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes möglich ist aus den Überschüssen, aus den Gewinnen der Sparkasse an die Träger abzuführen. Die Fraktion hatte schon einmal im Hauptausschuss danach gefragt, ob sowohl mit den Mitgewährsträger, dem Wartburgkreis wie auch mit den Betroffenen, nämlich der Wartburg-Sparkasse, über diese Ausschüttung im konkreten Sinne gesprochen worden ist. Das ist uns damals so dargestellt wurden, als wären Gespräche darüber geführt worden und als wäre diese Summe relativ sicher. Nach meinen Kenntnissen auf Grund von Nachfragen muss ich nun allerdings sagen, ich habe leider Gottes erst gestern nachgefragt, sonst hätte ich das im Hauptausschuss schon angesprochen, dass sowohl mit dem Mitgewährsträger – Landkreis – darüber nicht gesprochen worden ist, auch nicht über den Prozent-satz der Höhe der Ausschüttung, so jedenfalls die Nachricht, die mich erreicht hat. Und zum anderen auch mit der Sparkasse, die ja inzwischen einen vorläufigen Abschluss für dieses Jahr hat, für die man eine Gewinnausschüttung entsprechend vornehmen könnte, so nicht gesprochen worden ist. Nach meinem Kenntnisstand dürfte der Überschuss, den man zu 75 % abschöpfen kann, in der Aufteilung Landkreis und Stadt nicht die Höhe erreichen, die hier dargelegt worden ist. Der liegt für den städtischen Anteil unter 300.000 €. Und ich bin schon der Meinung, dass man diese Frage sowohl mit den Mitgewährsträger Landkreis, der im übrigen keine Ausschüttung aus Überschüssen der Sparkasse in seinem Haushalt stehen hat, sondern der dann das sicher als zusätzliche Einnahme für sich als Haushaltspolster verrechnen wird. Dass man das also mit dem Landkreis klärt, zumal wir ja nicht der größere Partner sind, sondern der Kleinere und es durchaus sein kann, dass man nicht bis zum Höchstmaß 75 % der Ausschüttungsmöglichkeit abfassen kann. Und dass man natürlich auch noch einmal konkret abstimmt, wie hoch ist denn überhaupt die Summe, die die Stadt in der Tat dann als mögliche Einnahme verbuchen kann. Nach meinem Kenntnisstand werden das also nicht diese 300.000 € sein. Ich denke, dass ist ein Punkt, der kann bis zur nächsten Sitzung geklärt werden und da können endlich diese Gespräche stattfinden, die schon längst hätten stattfinden müssen, wenn man so einen Punkt im Konzept hat, denn man kann nicht an den Mitbeteiligten vorbei hier eine Sache beschließen, von der man gar nicht sicher sein kann, ob sie überhaupt so durchführbar ist. Immerhin ist das ein Drittel der schon fest bestimmten Einnahmen, die in diesem Haushaltssicherungsgesetz beziffert werden können zum jetzigen Zeitpunkt. Und ich will noch einen anderen Punkt nennen, der uns momentan daran hindert, diesem Haushaltssicherungsgesetz zuzustimmen. Wir kämpfen hier bei den einzelnen Titeln um 2.000,00, 3.000,00, 5.000,00, 7.000,00 € Kleinstsummen, die

aber für Betroffene sicher den einen oder anderen, manchmal leichten zum andern vielleicht auch manchmal etwas schwerwiegenderen Einschnitt bedeuten. Auf der anderen Seite, wir hatten im letzten Stadtrat einen Dringlichkeitsantrag gestellt, mit dem wir in den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen wurden, kauft der Oberbürgermeister am Hauptausschuss vorbei, dass konnte er, weil die Summe so abgesenkt wurden war, dass sie unter dem genehmigungspflichtigen Limit von 5.000,00 € war, der ihm zwei Mal den Kauf dieses Grundstückes im Palmental versagt hat, vorbei dieses Grundstück, auf dem ein altes Braunkohleheizwerk steht. Was nun dasteht und in die Verantwortung der Stadt fällt. Ich will gar nicht sagen, dass dort 4.999,00 € hineingeflossen sind, die als überplanmäßige Ausgabe, die nicht genehmigt worden war, aber die ja natürlich auch unter 5.000,00 € liegt und im Ermessensspielraum des Oberbürgermeisters lag, dass hier 4.999,00 € einfach mir nichts dir nichts gegen die ausdrückliche Auflage des Hauptausschusses bezahlt worden sind. Was noch viel bedenklicher ist, ist das der Hauptausschuss in seiner zweiten Ablehnung dieses Kaufes dem Oberbürgermeister als Auftrag mit gegeben hatte und dies war immerhin im September des vorigen Jahres, dass er bitte schön die Nachfolgekosten, die ein möglicher Kauf dieses Grundstückes mit sich bringt, uns vorlegen soll im Hauptausschuss. Dies war ziemlich einmütig von allen Fraktionen dort getragen. Und zwar die Nachfolgekosten natürlich eines möglichen Abrisses, der vielleicht nicht heute und morgen zur Debatte steht, aber doch auf die Stadt zukommt als Grundstückseigentümer und zum anderen die Prüfung, ob dort nicht, nach dem jahrelang dort Rohbraunkohle verbrannt worden ist und natürlich Rohbraunkohle in der gewohnten DDR-Qualität, die wir heute zwar alle vergessen haben, weil wir sie nicht mehr riechen, aber wo jeder weiß, wie schwefelhaltig sie gewesen ist, dass wir diese Altlastenprüfung also dort haben wollen. Es waren bis zu der Beschäftigung des Rechnungsprüfungsausschusses mit dieser Frage nur die Abrißkosten, wenn es nicht kontaminiertes Material ist, so in etwa Pie mal Daumen erhoben worden. Das sind immerhin stattliche 180.000 €. Über die Altlastenfrage konnte man zum damaligen Zeitpunkt, der ersten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses Ende März, aber auch zur zweiten Sitzung vor einigen Tagen, noch nichts genaues sagen. Immerhin sieben Monate oder knapp acht Monate nach der Beauftragung durch den Hauptausschuss. Ich halte das gelinde gesagt für skandalös, wenn man meint, dass, wenn man den Hauptausschuss beiseite gestellt hat, der ausdrücklich gesagt hat, wir kaufen dieses Grundstück nicht so ungesehen, ohne dass wir die Kosten haben, dass man das beiseite stellt und dann so tut, als würden die Aufträge, die damit erteilt worden sind nun auch verschwinden und beiseite stehen. Aber die verschwinden natürlich nicht und sie sind auch nicht unwichtig, denn nun ist dieses Grundstück nun einmal in städtischer Hand und die möglichen Nachfolgekosten können drohen. Und wir möchten darüber Klarheit haben, was es denn damit auf sich hat. Und solange der Oberbürgermeister eine Beantwortung dieser Frage, aus welchen Gründen auch immer, er hatte lange genug Zeit, weiter hinauszögert, so sehr müssen wir die Ernsthaftigkeit seines Bemühens Einsparungen vorzunehmen und sei es mit Hilfe eines Haushaltssicherungskonzeptes in Frage stellen. Ich kann nicht auf der einen Seite an x-beliebigen Stellen, die gar nicht so x-beliebig sind, minimale Summen einsparen, auf der anderen Seite aber, jedenfalls bislang, den Hauptausschuss nicht überzeugende Gründe, Geld zum Fenster rauswerfen mit Nachfolgekosten, die ein vielfaches dessen bedeuten, als was wir hier in den Einzelmaßnahmen einsparen. Und ich denke, der Oberbürgermeister ist gut beraten, diese Fragen, die nun schon lange genug im Raum stehen, endlich konstruktiv und schlüssig zu beantworten und hier nicht den Eindruck zu erwecken, als wäre es ihm ernst mit Sparen. Durch sein bisheriges Verhalten, auch gerade in dieser Angelegenheit, muss man die Ernsthaftigkeit immer noch in Zweifel

ziehen. Aber ich denke auch das lässt sich bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates entsprechend noch durch das Gegenteil belegen.“

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

das in der Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Eisenach für das Haushaltsjahr 2008. Das Haushaltssicherungskonzept ist Grundlage der Haushaltsplanung 2008 sowie des Finanzplanes.

Über die Einzelmaßnahmen ist in Abhängigkeit von der Größenordnung durch den Stadtrat bzw. die betroffenen Gremien zu beschließen. Sofern sich abzeichnet, dass Einzelmaßnahmen nicht durchgeführt werden, müssen ersatzweise andere Haushaltssicherungsmaßnahmen an deren Stelle treten.

Dem Stadtrat ist über die Umsetzung des Konzeptes zu berichten.

**Abstimmung: 10 Stimmen dafür
 18 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0630/2008

Damit ist der Beschluss abgelehnt.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf eine Auszeit für ihre Fraktion.

Auszeit von 17.10 Uhr bis 17.20 Uhr

**Nr. 7 der TO: Haushaltssatzung mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2008
 und Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes für das
 Wirtschaftsjahr 2008
 hier: Einbringung**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verweist auf den ausgereichten gebundenen Haushaltsplan.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, hält die Einbringungsrede zum Haushalt. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird zu den Unterlagen der Sitzung genommen.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, hält folgenden Redebeitrag:

„Sie legen in der Tat einen Haushalt vor, der spät kommt. Von einem Kritiker zu spät vorgelegter Haushalte in den vergangenen Jahre mag das verwundern, aber man kommt halt dann auch in der Realität des Amtssitzes an. Ich wage zu bezweifeln, ob das dies-jährige Haushaltsjahr wirklich ein so schwieriges Haushaltsjahr war oder ist, wie es die vergangenen Jahre so nicht gesehen wurde. Wer lange genug in diesem Stadtrat sitzt, der weiß, dass wir schon manche dieser Jahre hatten, mit plötzlichen Einnahmeausfällen bzw. mit Kürzungen von Zuweisungen von Land und Bund, die uns immer wieder vor

Schwierigkeiten gestellt haben. Es geht auch anderen Kommunen so, ich habe das schon mal hier von diesem Pult aus gesagt. Andere Kommunen waren allerdings, wie auch Landkreise, in der Lage, auch ohne dass sie abwarteten, bis der Haushaltsbeschluss im Landtag gefasst worden ist, einen Haushalt vorzulegen, der nicht, jedenfalls in jetzt abzusehenden Dingen, großartig korrekturfähig war oder korrekturnotwendig war. Ich habe diese einzelnen Städte, die mit uns vergleichbar sind, und die Landkreise genannt. Natürlich können sie sagen, z. B. die Stadt Gera, deren Haushalt hat zwei oder drei Monate gehalten, dann war er obsolet. Aber Gera ist darin eine Ausnahme. Wer die Einnahmeentwicklung der letzten Monate verfolgen konnte und das konnten wir ja dankenswerter Weise auf Grund ihrer kontinuierlichen Berichterstattung, die ich auch von diesem Punkt aus sehr positiv erwähnen will, der hat ja gemerkt, was das Wesen eines kommunalen Haushaltes ist. In dem Moment, wo er vorgelegt wird, ist er eigentlich schon überholt, weil die neuen Erkenntnisse schon wieder vorliegen, von konkreten Einnahmen und konkret notwendigen Ausgaben. Das hat sich ja bei der diesjährigen Haushaltsaufstellung nicht zum Schlechten entwickelt. Bergauf, bergab, zuletzt ins Grab, so ist es ja nicht ganz gewesen, sondern sie haben ja auch mit Einnahmezugewinnen, gerade in den letzten Wochen „Glück gehabt“. Da schloss sich plötzlich eine Lücke im Verwaltungshaushalt von knapp zwei Millionen €, ging zurück auf 900.000 €, weil plötzlich Zuweisungen vom Bund oder Land kamen, mit denen man offensichtlich nicht gerechnet hatte. Wobei ich nicht weiß, ob es solche zufälligen Zuweisungen gibt. Ich denke also, manche Dramatik, die hier in den letzten Monaten verbal aufgebaut wurde, war nicht so unbedingt dramatisch. Und das unsere Haushaltssituation sicher eng ist und problematisch, das bekleidet uns schon Jahre. Aber dass sie nun durch die diesjährige Umstellung im kommunalen Finanzausgleich sich so zum negativen geändert habe, das möchte ich von ihnen noch ein Mal belegt haben. Das wäre eine Aussage, die sie vorhin gemacht haben, da bitte ich, dass wir im Hauptausschuss auch mal das Zahlenwerk von der Verwaltung entsprechend aufbereitet vorgelegt bekommen. Mein bisheriger Überblick sagt etwas anderes. Das, was an Landeszuweisungen im Haushalt 2008 und noch viel stärker im Haushalt 2009 kommt, ist mehr, als in den Haushalten der Vorjahre gekommen ist. Und das denke ich, sollte mal dargelegt werden, weil es nämlich sonst immer heißt, wir leiden solchen Mangel vor allem, weil das Land uns schlechter behandelt. Die Zahlen, da müsste ich mich sehr täuschen, die Zahlen sagen etwas anderes, aber ich lasse mich da gerne belehren. Es ist in der Tat, sie haben es genannt, der Rückgang in der Gewerbesteuer. Den können wir nicht beeinflussen, das ist Bundesgesetzgebung. Wir wissen auch nicht, wie sich die Steuergesetzgebung 2008 auswirken wird auf die kommunalen Haushalte. Auch da bleiben offene Fragen. Aber ich würde das nicht unbedingt so hoffnungslos interpretieren, wie sie es mit der Revisionsklausel im kommunalen Finanzausgleich gestalten. Ich finde die Revisionsklausel, die im kommunalen Finanzausgleich sich für 2009 findet, ist ein ausgesprochen glückliches Mittel, ich sage ihnen auch warum. Der kommunale Finanzausgleich für das nächste Haushaltsjahr 2010 wird verhandelt werden müssen im ersten Halbjahr 2009. Jeder weiß, was ab Mai des Jahres 2009 für Prioritäten gesetzt sind, die ihren Schatten schon voraus werfen. 2009 werden alle Parlamente gewählt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man eine Kommunalklausel in diesem Umfeld, egal wer sie verhandeln wird, zu restriktiven Maßnahmen anwendet. Insofern sehe ich in der Revisionsklausel einen Vorteil, als sie halt zu diesem Zeitpunkt greift und ich sehe eigentlich nur eine Gefahr, aber das wollten sie ja im Präsidium des Gemeinde- und Städtebundes besprechen, die Antwort steht noch aus. Ich sehe nur eine Gefahr, dass, wenn der Gemeinde- und Städtebund jetzt ein Klageverfahren anstrengt gegen den jetzigen kommunalen Finanzausgleich, sich dann die Landesregierung zurückzieht und sagt, solange ein schwebendes Verfahren im Raum

steht, können wir die Revisionsklausel nicht bearbeiten und nicht anwenden. Jeder weiß, dass dies das übliche Verfahren ist, dort wo geklagt wird, muss man die Gerichte entscheiden lassen und muss abwarten, was dann als Ergebnis da ist. Insofern finde ich es dringlich, Herr Oberbürgermeister, dass sie in dieser Frage im Rahmen des Gemeinde- und Städtebundes eine Klärung herbeiführen, wie das dann aussieht. Ein Jahr ist schnell dahingegangen und dann stehen wir justament im Frühjahr 2009 und müssen eigentlich mit dieser Revisionsklausel als kommunale Seite arbeiten können. Aus besagtem Grund bin ich auch nicht hoffnungslos, was die Anpassungshilfe betrifft. Mir gefällt der Begriff nicht. Das ist eigentlich die ursprüngliche Vorabschlüsselzuweisung, die die kreisfreien Städte entsprechend bekommen. Die im ersten Entwurf der Regierung zum Landes-doppelhaushalt bei Null gestellt war und die dann im beschlossenen Haushalt bei 10 Mio. € lag und von der die kreisfreien Städte insbesondere profitiert haben. Wir mit zuzüglich reichlich 600.000 €. Ja, dass werden wir zu besprochen haben. Wo sind eigentlich unsere Mehrausgaben, die nicht ausgeglichen werden? Wir haben ja die Gruppierungsübersicht bekommen. Sie können sie bei ihrem Fraktionsvorsitzenden sicher bekommen und selbst einsehen. Da fällt momentan eigentlich nur auf, nachdem ja in den vergangenen Jahren, sie sehen es glaube ich im Vorbericht in diesen Einnahmetabellen, die Sozialausgaben 2005 sehr angestiegen sind aufgrund der übertragenen Aufgaben, dass nicht der Sozialbereich der eigentlich notleidende wird, der unser Elend vergrößert, denn da wird eine ganze Menge ausgeglichen durch Bundeszuweisungen, sondern dass es eben vor allem der Einnahmehereich in der Gewerbesteuer ist, der sich für uns unwägbar gestaltet, und dass hat in der Tat mal ganz schnell 3 ½ bis 4 Millionen ausgemacht. Das sind Dinge, die man nicht so ohne weiteres kompensieren kann. Was die Fehlbeträge der Vorjahre betrifft, haben wir ja nun die Möglichkeit auf Grund dessen, dass der vorläufige Jahresabschluss 2007 vorliegt, entsprechend zu sehen, wie sich denn dieser Fehlbetrag vom letzten Jahr zusammensetzt und warum es überhaupt zu einem solchen Fehlbetrag kommt. Nachdem das Jahr 2006, was ja in der Haushaltsführung nur teilweise in ihrer Verantwortung lag und sie ja schon mit einer Haushaltssperre ihr Amt beginnen mussten, schon mit einem nicht unbeträchtlichen Fehlbetrag schloß, kommt es nun auch zu diesem Fehlbetrag im Jahr 2007, der nicht weg zu diskutieren ist, wo man sich aber an den einzelnen Punkten fragen muss, ob dahinter wirklich unvermeidbare Ausgaben standen. Da meine ich auch den Investitionsbereich, wo wir sehr viel im vergangenen Jahr an Beschlussvorlagen für überplanmäßige Ausgaben entsprechend zu beschließen hatten. Und wo man sich jetzt fragen muss, ob man hier nicht hätte auch verwaltungsseitig gegensteuern müssen, um die Ausgabenseite, wenn denn die Einnahmeseite so in den Keller geht, zu begrenzen. Es erübrigt sich fast zu sagen, dass natürlich in diesem Fehlbetrag des Vorjahres auch diese 4.999,00 € sich wieder finden, die der Oberbürgermeister mal mir nichts dir nichts zum Fenster herausgeworfen hat für den Kauf eines Grundstückes im Palmental, auf dem ein Heizwerk steht, was als Altlast uns auf die Füße fällt. Sie werden es von mir noch sehr oft hören. Wenn ich Oberbürgermeister gewesen wäre, hätte ich mir diese Flanke nicht gegeben. Insofern, ich habe mich für dieses Amt nicht beworben und bin also auch nicht in der Versuchung gewesen. Ich kann nur sagen, wer sich hier vorn hin stellt und Fehlbeträge bemängelt und bejammert, der muss selbst genug und ausreichend Disziplin halten, damit er das mit Fug und Recht sagen kann. Und hier nicht auf der einen Seite über die Belastungen für die Folgejahre reden, selbst aber durch selbstherrliche Handlungen Belastungen für die Folgejahre in bis jetzt noch nicht genau bezifferbarem Umfang uns hier in die Stadt einzuhandeln, was unnötig war wie ein Kropf. Und insofern Herr Oberbürgermeister ist es immer eine schöne Wendung zu sagen, lassen sie uns gemeinsam Konsolidierungswege finden, lassen sie uns gemeinsam Wege suchen aus diesem

Einnahmemangel, lassen sie uns gemeinsam sonst was tun, aber dann sollten sie bitte schön auch gemeinsam entsprechend Beschlüsse fassen und nicht einsam entscheiden, wie es ihnen passt. Das Eine geht nicht ohne das Andere. Und sie werden nur dann glaubhaft gemeinsam Konsolidierungswege zu suchen und dann auch zu gehen einfordern können, wenn sie sich selbst ans Reglement halten und zwar in einer Art und Weise, die nicht nur auf der einen Seite Transparenz verkündet, sondern insgesamt einen transparenten Stil deutlich macht.“

Das **Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk**, hält folgenden Redebeitrag:

„Es ist nur ein einziger Satz. Herr Köckert sie haben heute das Haushaltssicherungskonzept abgelehnt, sie kritisieren die Haushaltssatzung. Darf ich nur einmal daran erinnern, dass die Stadt in diese bankrotte Lage gekommen ist, weil wir über etwa 17 Jahre zwei CDU Oberbürgermeister und eine regierende CDU-Fraktion hatten. Da sind Fehlentscheidungen getroffen wurden, da ist die Kreisfreiheit nur eines. Die könnte man aufzählen. Das ist der Zustand bei einem blühenden Wirtschaftsleben in Eisenach, bankrotte Stadtfinanzen im Unterschied zu anderen Städten. Da liegen Leichen im Keller, die zum Himmel stinken. Die man unter Umständen doch mal raus holen muss.“

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erwidert folgendes:

„Wenn auch ein noch so wortgewaltiger Melanchtonnachfolger dann hier das Wort ergreift. Herr Dr. Schenk, es ist natürlich schon Unsinn. Das müssen sie schon ein Mal sagen. Wir können uns gern unterhalten über Sinn und Unsinn der Kreisfreiheit, wir können uns gern unterhalten über Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen, wir können uns gerne unterhalten über notwendige Gebietsreformen und, und, und. Da stehe ich überhaupt nicht abseits. Zu sagen, dass es hier eine Stadtverwaltung gab, die diese Stadt in den Ruin getrieben hat oder die hier ein Bankrottsystem eingeführt hat, das halte ich natürlich für ein Gerücht. Dazu sitzen sie lange genug in diesem Stadtrat, um zu sehen, dass bisher jede Verwaltung bemüht war, diesen Haushalt in Ordnung zu bringen. Und dann will ich gar nicht anstehen zu sagen, dass man sich vorstellen könnte, dass die Ausstattung der Städte, insbesondere der größeren Städte in Thüringen, besser sein könnte. Dafür habe ich jahrelang im Landtag auch gekämpft und Prügel bezogen. Ich bin nicht immer erfolgreich gewesen, aber ich hatte auch Erfolg. Aber dann wollen wir mal sehen, sollte es je anders kommen, was ich ja nicht vermute, ob es andere Meisterungen von Zwängen gibt. Ein Großteil der Zwänge, in denen wir uns nämlich jetzt befinden, ist ja gar nicht Landesgesetzgebung gewesen, sondern das ist eine Rot-Grüne-Bundesregierung mit ihrer Gesetzgebung gewesen, die, als sie 1998 ins Amt kam, der kommunalen Seite versprochen hat, eine kommunale Finanzreform durchzuführen und die sie in der Legislatur bis 2002 nicht durchgeführt hat, da hat sie nicht einmal einen kleinen Finger gerührt für dieses Thema und hat dann gegen Ende der Legislatur 2002 im letzten halben Jahr erst ein Gremium einberufen, was diese kommunale Finanzreform in die Weg leiten konnte. Dass da natürlich kein Ergebnis mehr zu erzielen war, sondern dass das eine Schaufensterveranstaltung für die Bundestagswahl 2002 war, das war klar. Weil nämlich nach 2002 auf einmal dieses Thema wieder ganz weit hinten rangierte. Und da denke ich, haben zumindestens sie und ihre Partei nun wirklich gar keinen Grund sich dahinzustellen und auf irgendwie 17 Jahre CDU oder was weiß ich zu schimpfen. Das geht vollkommen am Punkt vorbei. Dann wollen wir uns mal gemeinsam auf die Fehlersuche machen und sozusagen die kommunalen Kreuze zusammenstecken, vielleicht kommt man dann zu einem etwas ausgewogeneren Ergebnis als sie hier, wie immer rhetorisch brillant dargelegt haben.“

Das **Stadtratsmitglied, Herr Gentzel**, erklärt folgendes:

„Mit ist zugerufen worden, ich soll mich an die fünf Minuten Redezeiten halten. Ich kann zumindest versprechen, dass ich mir da Mühe geben werde. Ich glaube bei dem Beitrag von Herrn Köckert, insbesondere an einer Stelle, sollten wir noch mal ein Stückchen in die Tiefe gehen und sollten uns auch einfach mal selbst befragen, nachdem er es rhetorisch sehr gut gemacht hat, wie es denn mit seinen Vorschlägen so weiter geht. Wir haben die Ausgabenseite zu beachten, das ist vollkommen richtig, Herr Köckert. Sie haben natürlich vergessen zu sagen, weil das passt ja nicht in ihr Konzept, mit dem, was sie hier vorhaben, dass die Ausgabenseite hier natürlich immer durch den Stadtrat läuft. Ich geh da gar nicht nur alleine negativ in die Richtung CDU, sondern ich will mal zwei Sätze zu uns als Stadträte hier insgesamt sagen und das haben sie ja mit ihrer Bemerkung angekratzt, ohne da ein bisschen weiter zu gehen. Ich will es mal zuspitzen, sie alle, wie wir hier sitzen, sind die Weltmeister im Gut sein. Wir haben es heute wieder erlebt, wenn es um das Einsparen geht und Einsparen tut immer weh, da hat jeder so seine Lobby, jeder zeichnet seine eigenen Grenzen auf, jeder hat Probleme und das wird an der einen oder anderen Stelle sogar mal begründet oder mal unbegründet, dann zu so einer Einsparung nein zu sagen. Aber wenn es um Haushaltsvorgriffe geht oder um andere Sachen, reagieren wir hier wie die Weltmeister, prinzipiell immer Zustimmung. Ich habe hier in diesem Haus noch nichts anderes erlebt. Wenn es darum geht, im sozialen Bereich gutes zu tun, übertreffen wir uns hier gegenseitig, um den entsprechenden Oberbürgermeister zu loben, was er da für eine tolle Vorlage geleistet hat, dass wir da 100.000, 200.000 € raus hauen, ohne Grundlage, darüber haben wir in diesem Hause noch nie gesprochen. Und nun schauen wir mal auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Ein Konsolidierungsprogramm bekommen wir bisher noch nicht hin, aber Haushaltsvorgriffe fünf Stück. Und da bleibt doch die Frage, wenn das, was sie hier gesagt haben, einen Sinn hat, einen Sinn haben soll, müßten wir denn jetzt nicht alle Anträge und dies wird meine Fraktion tun, die Haushaltsvorgriffe sind, nicht zurück in die Ausschüsse überweisen? Ganz in dem Sinne, Herr Köckert, wie sie hier eben gesprochen haben. Kein Haushalt, keine Grundlage, also auch kein Haushaltsvorgriff. Wäre das nicht mal die Konsequenz, die dieses Haus und diese Stadt endlich braucht. Ich will nicht den Begriff Leichen benutzen. Aber was mir schon ein bisschen aufstößt Herr Köckert, sie sind ja im Augenblick auch im Ton kaum zu überbieten, wenn es darum geht, Fehler oder angebliche Fehler von Personen anzugreifen. Das ist ihr gutes Recht, nur was mir auffällt, sie saßen doch in der letzten Rechnungsprüfungsausschusssitzung und sie waren doch dabei, als wir außer den 4.999,00 € noch das Problem zweiter Bauabschnitt Stadtschloß besprochen haben. Sie haben doch das vernichtende Urteil an der Verwaltung Schneider dort gehört. Warum höre ich eigentlich von ihnen dazu nichts? So viel zum Thema Redlichkeit. Es ist mehr, wie ein Problem, was wir aus der vergangenen Zeit mit uns tragen. Und ich habe es bisher vermieden und werde es auch zukünftig tun, solche Probleme aus dem Rechnungsprüfungsausschuss rauszutragen. Aber ich bitte sie dann auch in ihrer Kritik um ein Stückchen Ausgewogenheit. Und man muss kein Phantast sein, um vorauszusagen, dass wir uns hier in nicht allzu langer Zeit mit dem Thema Karlskuppe beschäftigen. Dann hoffe ich, dass sie im Ton und Stil genauso vorgehen, wie sie es heute tun. Ich lehne das ab, aber ich finde das in vielen Punkten nicht redlich, was sie hier tun. Denn eins, das muss ich auch sagen, ich war derjenige in meiner Fraktion – und das war auch öffentlich – der lange überlegt hat, ob er die Dezernentin für den Bereich Bau mit wählt. Ich habe lange überlegt. Eins steht fest, was diese Frau wegräumt und klären muss aus der Vergangenheit beansprucht mindestens 30 % ihrer Arbeitszeit. Und dann finde ich das nicht redlich, auch sie wissen das, dass dann in diesem Stil Personen angegriffen werden, die gar nicht dazu kommen, 100 % ihrer Arbeitskraft für die Zukunft einzusetzen, wie wir es immer wollen. Sie ist in

der Pflicht, wegzuräumen, was liegen geblieben ist. Und deshalb an dieser Stelle sage ich ihnen deutlich, ein bisschen weniger, wäre manchmal ein bisschen mehr.“

Die **Vorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, findet, man sollte jetzt die Debatte beenden. Frau May weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister heute den Haushalt eingebracht hat und die Misere deutlich wird, wenn man die einzelnen Positionen betrachtet. Wenn man sich die Ausgaben bei der Bibliothek ansieht, wird das Problem offenkundig, so Frau May. Hier sollte man sich Gedanken machen, wie man dies ändern kann.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, weist darauf hin, dass jeder weiß, wenn er in den Stadtrat geht, muss er was aushalten können, im Geben und im Nehmen. Da glaubt Herr Köckert, dass er nicht der schlechteste Partner ist. In Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Gentzel erklärt Herr Köckert, dass man die Leichen ruhig aus dem Keller holen sollte. Er ist dafür, dass diese deutlich benannt werden sollten. In diesem Zusammenhang erklärt Herr Köckert, dass er mit der Verwaltungsspitze, ob sie nun CDU oder SPD besetzt war, immer seine Streite ausgefochten hat. Er ist da auch nicht mit der Kritik hinterm Berg geblieben. Dies hat nach seiner Meinung die eigenen Leute auch nicht so erfreut. Herr Köckert fordert auf, dass die meinen, sie hätten etwas zu sagen, es doch sagen sollen. Des Weiteren erklärt Herr Köckert, dass er bei der Dezernentin ganz auf der Seite von Herrn Gentzel ist. Zum Abschluss erklärt Herr Köckert, dass derjenige, der die Backen aufbläst, auch pusten muss und nicht in der Mitte aufhören kann.

Das **Stadratsmitglied, Herr Gentzel**, merkt an, dass er dem Vorschlag von Herrn Köckert die Geschäftsordnung des Stadtrates zu verlassen, nicht folgen wird. Für Herrn Gentzel gibt es einen Grund, warum der Rechnungsprüfungsausschuss nichtöffentlich tagt und dem hat Herr Köckert auch zugestimmt. Herr Gentzel wird nach seiner Aussage vieles tun, aber eines nicht, nämlich aus dem Ausschuss herausgehen und als Vorsitzender des Ausschusses die Ergebnisse bzw. die Beratungen öffentlich ausplaudern. Dies hat für ihn nichts mit Verschweigen zu tun. Es kommt alles im Rechnungsprüfungsausschuss auf den Tisch, aber noch tagt dieser nichtöffentlich.

Das **Stadratsmitglied, Herr Bauer**, fragt, ob der Oberbürgermeister bei den Hebesätzen bleibt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, antwortet mit einem Ja.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 mit ihren Anlagen wird zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse und abschließenden Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0631/2008

Pause von 18:20 bis 18:30 Uhr

Nr. 8 der TO: Aufnahme von Bewerbern in die Vorschlagsliste für Schöffen

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass gemäß § 36 (1) Gerichtsverfassungsgesetz für die Aufnahme in die Liste die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates erforderlich ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste für Schöffen in der Anlage 1 für die Wahlperiode 2009 - 2013 aufzunehmen:**

Name	Anschrift (jeweils 99817 Eisenach)
Frau Rita Schade	Elsa-Brandström-Allee 9
Abstimmung:	30 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Jörg Rämpold	Am Ramsberg 36
Abstimmung:	30 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Petra Lürtzing	An der Karlskuppe 38
Abstimmung:	30 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Hans-Jürgen Müller	August-Rudloff-Str. 33
Abstimmung:	30 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Sabine Zänker	Bornstraße 22
Abstimmung:	30 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen

Herr Udo Kiesewetter	Karolinenstraße 31 b
Abstimmung:	30 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Marlis Liebscher	Georgenstraße 43
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Kerstin Stegmann	Dr.-Strauß-Straße 14
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Rita Hoffmann	Jakobsplan 3
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Harald Heering	Hohenlohestraße 25 (Neukirchen)
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Christine Berthold	August-Rudloff-Str. 29
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Yvonne Ebeling	Hainweg 21
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Martina Schrön	Karolinenstraße 20
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen

Herr Uwe Schenke	An der Grenzhecke 36
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Holger Schade	An der Karlskuppe 65
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Ralf Holland	Am Wartenberg 60
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Gerald Kocian	Hedwigstraße 9
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Gabriele Lewitsky	Am Steinacker 25 (Stregda)
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Sabine Holland	Am Wartenberg 60
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Jürgen Wedel	Wydenbrugkstraße 6 – 8
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Bernd Muschert	Georg-Eucken-Straße 47
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen

Herr Marcel Mahnke	Ernst-Thälmann-Str. 112
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Karin Klinkhardt	Hohenlohestraße 23 (Neukirchen)
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Annette Neundorf	Schillerplatz 2 (Hötzelsroda)
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Gudrun Osmann	Ginsterweg 3
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Kerstin Liebtrau	Zeppelinstraße 12
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Birgit Sperhake	Goethestraße 16
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Kerstin Rothe	Georgenstraße 25
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Mike Leiste	Rödigerstraße 34
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen

Frau Elke Senf	Jahnstraße 28
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Georg Kleemann	Stresemannstraße 17
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Meinhard Golm	Nesselstraße 47 (Stockhausen)
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Jörg Schiemann	Sophienstraße 13
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Sabine Kuhlmann-Utecht	Hainweg 3
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Frau Barbara Müller	Kirschberg 28
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Herr Dr. Walter Müller	Am Kirschberg 28
Abstimmung:	31 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0632/2008

Nr. 11 der TO: Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschau in der Stadt Eisenach (Gebührensatzung Gefahrenverhütungsschau) hier: Einbringung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschau in der Stadt Eisenach (Gebührensatzung Gefahrenverhütungsschau) wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Die Beschlussfassung soll in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0635/2008

Nr. 12 der TO: Thüringer Bachwochen 2008 hier: Vorgriff auf den Haushalt 2008

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Die **Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, stellt den Geschäftsordnungsantrag die Beschlussvorlage in den Haupt- und Finanzausschuss zurückzuverweisen, da aufgrund der Ablehnung kein Haushaltssicherungskonzept besteht.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, spricht sich gegen die Verweisung aus. Der Haushalt wurde von der Verwaltung eingebracht und diese Maßnahme wurde dabei berücksichtigt. Herr Köckert kann sich nicht vorstellen, dass für eine Veranstaltung, die schon durchgeführt wurde der Stadtrat die Mittel nicht zur Verfügung stellt. Er vertritt die Auffassung, dass man bei einer Beschlussfassung in diesen Punkten nicht inkonsequent ist.

Die **Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, entgegnet, dass sie trotzdem der Meinung ist, dass man, wenn man keinen Haushalt auch keine Vorgriff beschließen kann.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag – Rückverweisung in den Ausschuss:

6 Stimmen dafür
22 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Im Vorgriff auf den Haushalt 2008, folgende Mittel für den Zuschuss an die
„Thüringer Bachwochen“ zu bewilligen:**

Ausgabe: 33200.71810 5.000,00 €

**Abstimmung: 25 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0636/2008

**Nr. 13 der TO: 13. Eisenacher Telemann-Tage 2008
 hier: Vorgriff auf den Haushalt 2008**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Im Vorgriff auf den Haushalt 2008 sind folgende Mittel für die Finanzierung der
13. Eisenacher Telemann-Tage 2008 zu binden:**

Einnahmen:
30020.11080 Eintritt: EUR 3.000,00
30020.17100 Landeszuweisung: EUR 3.000,00

Ausgaben:
30020.60000 Veranstaltungen: EUR 15.695,00

Der aktuelle Finanzplan der von der Stadt finanzierten Veranstaltungen der 13. Eisenacher Telemann-Tage 2008 liegt dieser Beschlussvorlage als Anlage bei.

**Abstimmung: 23 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0637/2008

**Nr. 14 der TO: Bestellung eines/einer Ausländerbeauftragten für die Stadt
 Eisenach gemäß § 16a der Hauptsatzung der Stadt Eisenach**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen die Bestellung von Frau Maike Röder zur ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten der Stadt Eisenach durch den Oberbürgermeister.

Frau Röder stellt sich vor.

den Trink- und Abwasserverband
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 304/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Situation der Grundschulhorte in Eisenach

Das **Stadratsmitglied, Frau Wolf**, fragt, ob es richtig ist, dass es in der Stadt keinerlei Übersicht über die personelle Ausstattung in Horten gibt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass man sich schon einmal darauf verständigt hat, dass Fragen nur im eigenen Zuständigkeitsbereich beantwortet werden.

Reg.-Nr. 305/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Umstrukturierung der Stadtverwaltung

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, fragt, ob diese Beantwortung die indirekte Mitteilung an den Stadtrat ist, dass es einen neuen Amtsleiter im Tiefbau- und Grünflächenamt gibt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bejaht dies.

Reg.-Nr. 306/2008 Anfrage der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Freiwillige Zuschussvereinbarungen
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 307/2008 Anfrage der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Treppe Bachhaus
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 308/2008 Anfrage der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Gebäude Johannisplatz

Der **Vorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger** fragt, welche Möglichkeiten die Stadtverwaltung hat, auf ein schnelles Konzept durch den Eigentümer bei den zwei Häusern zu drängen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass sich eine Zusammenarbeit schwierig gestaltet. Es hat schon mehrere Gespräche gegeben und der Eigentümer hat versprochen, ein Konzept vorzulegen. Die Dezernentin, Frau Rexrodt, erklärt, dass sich der Förderkreis zur Erhaltung Eisenach bereit erklärt hat, mit dem Eigentümer Gespräche zu führen.

Reg.-Nr. 309/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Spielplatzkonzeption
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 310/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Kosten der Unterkunft
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 311/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Gemeinschaftsunterkunft (Asylheim)

Das **Stadratsmitglied, Herr Schenke**, fragt, ob eine Schließung nicht überlegenswert wäre.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass es eine Pflichtaufgabe ist, eine Gemeinschaftsunterkunft vorzuhalten.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, ergänzt, dass bei einer separaten Unterbringung in Wohnungen die Kosten trotzdem bleiben.

Reg.-Nr. 312/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Rückzahlung der bereits eingezahlten Beiträge für die Abwasserentsorgung
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, teilt mit, dass der nichtöffentliche Teil der Sitzung nicht stattfindet.

Die nächste Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach findet am 29. Mai 2008 statt.

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan
Schriftführerin